



Sachstandsmitteilung Nr.:	249c/2023	Datum:	21.10.2024
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2	Bildungsausschuss	
3	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	x Hauptausschuss	04.11.2024
7	Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß			
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Übersicht der großen Investitionsvorhaben,
hier: **Zweite Fortschreibung (blauer Text)**

2. Sachstand:

In seiner Sitzung am 30.10.2023 hat der Hauptausschuss einstimmig den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD unter dem Titel *Planung und Sicherstellung der Finanzierung von zukünftigen Investitionen bei kommunalen Einrichtungen unter besonderer Berücksichtigung von Fördermitteln* beschlossen. Hierbei wurde die Verwaltung beauftragt, bis zur ersten Sitzung des Hauptausschusses im Jahre 2024 einen schriftlichen Bericht vorzulegen über die gegenwärtig in der Stadt Schwentidental zur Verfügung stehenden Finanzmittel, die Auswirkung der aktuellen Verschuldung und die Finanzierung aller innerhalb der kommenden fünf Haushaltsjahre geplanten Investitionen mit einem zu erwartenden Volumen von jeweils über 1 Million Euro. Des Weiteren sind die möglichen Förderungsmöglichkeiten in verschiedenen Varianten darzustellen.

Bevor die detaillierte Aufstellung in 2024 erfolgen wird, soll dem Hauptausschuss im Vorfeld bereits durch diese Sachstandsmitteilung eine Liste der großen Investitionsvorhaben der nächsten Jahre aus Sicht des Bürgermeisters überreicht werden, um einen ersten Abgleich zwischen der Haupt- und Selbstverwaltung und ggf. eine vorläufige Priorisierung vorzunehmen. Die nachfolgenden Zahlen entsprechen einer vorläufigen ersten groben Kostenannahme, detailliertere Zahlen sind nach genauen Berechnungen der beauftragten Planungsbüros zu erwarten.

Im Folgenden soll zum Stand April 2024 über den Fortgang der einzelnen Vorhaben berichtet werden. Ein genauerer Blick auf die Finanzierung der jeweiligen Vorhaben ist derzeit nicht detaillierter möglich, zum einen wegen der personellen Situation in der Finanzabteilung des Rathauses, zum anderen wegen der noch ausstehenden Beschlüsse zu den einzelnen Vorhaben.

Sachstand Oktober 2024:

Mit dieser Sachstandsmitteilung 249c erfolgt -wie im Antrag vorgesehen- nach weiteren sechs Monaten die weitere Fortschreibung der Beantwortung des o.g. Antrages zum Stand Oktober 2024. Im vergangenen Halbjahr haben sich die Vorhaben weiterentwickelt, jedoch war aufgrund des erst im Juli 2024 genehmigten Haushaltes 2024 ein schnelleres Umsetzen der Investitionsmaßnahmen nicht möglich. Zudem haben sich in der Förderkulisse einige Veränderungen ergeben.

1	Bau einer Flüchtlingsunterkunft
2	Umsiedelung des Bauhofes
3	Sanierung Schulstraße
4	Erweiterung der OGTS im OT Ralsdorf
5	Bau eines Kindergartens für die Pavillons
6	Erweiterung der A-Lindgren-Schule OGTS
7	Bau eines neuen Kindergartens im OT Klausdorf
8	Sanierung der A.-Lindgren-Schule
9	Erweiterungsbau Feuerwehr Klausdorf
10	Bau eines neuen Kindergartens im OT Ralsdorf
11	Erweiterung des Rathauses

1. Bau einer Flüchtlingsunterkunft

Die Kosten für die Herrichtung und Bereitstellung der Container am Jahnplatz als Unterkunft für die geflüchteten Menschen ergeben sich aus der BV 199/2023. Demnach sind für die Bau- und Planungskosten sowie Lieferung und Montage rund 390.000 € und für die Miete für 2 Jahre 765.693,60 € aufzuwenden.

Die Gesamtkosten der Unterkunft (ohne laufende Kosten) betragen daher für den Zeitraum von 2 Jahren rund **1,2 Mio €**. Bis hierhin handelt es sich nicht um investive Kosten, so dass sie im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen sind.

Sofern nach 2 Jahren ein Ankauf beabsichtigt ist, sind weitere Anschaffungskosten in Höhe von rund 84.000 € aufzuwenden, die dann im Vermögenshaushalt zu veranschlagen sind.

Ob die Richtlinie über die Herrichtung von Wohnraum und Unterkünfte für Flüchtlinge oder die Richtlinie zur Beteiligung des Landes S.-H. am Betrieb von temporären kommunalen Gemeinschaftsunterkünften für eine Förderung dieser Maßnahme in Frage kommt, wird im Hause geprüft werden.

Diese Maßnahme befindet sich in der Umsetzung und soll 2024 abgeschlossen sein.

Sachstand April 2024:

Die Baugenehmigung ist mit Bescheid des Kreises vom 16.02.2024 erteilt worden.

Die Ausschreibung (Gründung / Erschließung / Anschlüsse hat Kosten von rd. 185.000 € ergeben, die Containeranlage soll zum Ende Juni 2024 aufgestellt und dann voraussichtlich zum Ende Juli 2024 bezogen werden.

Über die beschlossene Gebührensatzung sollen die Anschaffungskosten möglichst gegenfinanziert werden.

Sachstand Oktober 2024:

Mittlerweile sind die Container aufgebaut, jedoch aufgrund der Brandschutzaufgaben des Kreises später als gedacht und nur für ca. 22 Personen vorgesehen. Mit dem Erstbezug ist nun zum 1. Dezember 2024 zu rechnen. Genauere Auskunft zu dieser Maßnahme gibt die SM 234/2024 vom 04.10.2024. In dieser ist auch erläutert, dass keine Förderung für dieses Bauvorhaben in Anspruch genommen werden konnte.

Kosten sind in Höhe von 350.000 € (Bau- u. Planungskosten, Erschließung, Lieferung u. Montage) entstanden, die Mietkosten für zwei Jahre betragen insgesamt 835.380,00 €. Diese Kosten sollen, wie oben beschrieben möglichst durch entsprechende Gebühren beglichen werden.

Diese Maßnahme wird bei weiteren Fortschreibungen nicht mehr erwähnt werden, da sich die Kosten dieser umgesetzten Maßnahme im sechsstelligen Bereich befinden und die Maßnahme final umgesetzt wurde.

2. Umsiedelung des Bauhofes

Aus bekannten Gründen wird mit Hochdruck daran gearbeitet, eine neue Bleibe für unseren städtischen Bauhof zu suchen. Diese Suche war erfolgreich. Nachdem zunächst der Gedanke eines Neubaus auf einem städtischen Grundstück möglicherweise in einem PPP-Verfahren verfolgt wurde, ist nun ein geeignetes Grundstück mit einem Gebäudeensemble gefunden worden. Nach stattgefundenen Kaufverhandlungen zwischen Eigentümer und der Stadt hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 20.11.2023 die Verwaltung einstimmig beauftragt, schnellstmöglich den Entwurf eines Kaufvertrages vorzulegen. Darüber hinaus soll das Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Ingenieurbüros vorbereitet werden, welches die Umbauarbeiten dieser Immobilie planen und begleiten soll.

Die Verwaltung hat derzeit kein nennenswertes Förderprogramm ausfindig machen können, welches Zuschüsse für diese **mehrere Millionen** umfassende bauliche Maßnahme hergibt. Als einzige Zuschussmöglichkeit kämen evtl. Förderungen aus den KfW-Programmen 264 und 464 (**jeweils Förderung von energieeffizienten Sanierungen**) in Frage, sofern man in der Hochbauplanung zu dem Ergebnis kommt, die strengen Programmanforderungen der Energieeffizienz erfüllen zu wollen.

Sachstand April 2024:

Der Kaufvertrag ist geschlossen, die Zahlung des Kaufpreises wird nach Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht im Frühsommer 2024 erfolgen. Die Kommunikation mit den SWS als Eigentümerin des bisherigen Bauhofes hat stattgefunden. Derzeit findet in Begleitung durch die GMSH ein Vergabeverfahren statt, um geeignete Gebäude- und Fachplaner zu finden, welche die o.g. Umbauarbeiten planen und umsetzen sollen. Erst nach Vorlage der Planungen können die weiteren Investitionskosten und ein Zeitplan genauer beziffert werden. Diese Planungen sollen in 2024 finalisiert und in 2025 umgesetzt werden. Ziel ist es, Ende 2025 den neuen Bauhof zu beziehen. Sollte sich dies zeitlich nicht umsetzen lassen, ist mit einer Karenzzeit bis Ende 2026 vereinbart worden.

Im Haushaltsentwurf 2024 sind die Kosten des Grunderwerbs sowie anteilige Planungs- und Baukosten in Höhe von insgesamt ca. 3,1 Mio. € veranschlagt. In der Finanzplanung 2025/2026 sind weitere Planungs- und Baukosten von rd. 7,57 Mio. € eingeplant. Die genauen Kosten werden sich erst in Zusammenarbeit mit dem zu beauftragenden Fachbüro ergeben und eng mit den kommunalen Gremien abgestimmt.

Sachstand Oktober 2024:

An der Kostenaufstellung haben sich keine Veränderungen ergeben. Fördertöpfe stehen für dieses Projekt nicht bereit (s.o.). Die Erwerbskosten wurden nach der Genehmigung des Haushaltes 2024 angewiesen, die Stadt Schwentinental ist nun als Eigentümerin im Grundbuch vermerkt.

Sämtliche Investitionen sind aus Krediten zu finanzieren, eigene Finanzmittel stehen der Stadt nicht zur Verfügung. Bei der derzeitigen Faustformel, dass für jede bei den Banken aufzunehmende Mio € etwa 50.000€ jährlich an Zins- und Tilgungsleistung zu tätigen sind, muss bei der Gesamtsumme von ca. 10 Mio € mit einer jährlichen Belastung des städtischen Haushaltes von 500.000€ gerechnet werden. Von dieser Summe sind jedoch die derzeitigen jährlichen Mietzahlungen in Höhe von etwa 120.000€ abzuziehen. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass am jetzigen Bauhof aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen erhebliche Umbaumaßnahmen notwendig wären, wenn der Bauhof am bisherigen Standort bliebe. Darüber hinaus ist allen Beteiligten klar, dass durch die Freigabe des Geländes an der Preetzer Chaussee eine Förderung der heimischen Wirtschaft stattfinden kann. Die zukünftige Nutzung dieser Fläche durch heimische Betriebe wird sicherlich positive Auswirkungen auf die Höhe der Gewerbesteuer in Schwentinental haben.

Nach dem durch die GMSH unterstütztem Vergabeverfahren erfolgt derzeit die Grundlagenermittlung durch die beauftragten Fachplaner (Technische Anlagen, Tragwerksplanung, Verkehrsanlagen) unter Federführung des Büros Schnittger Architekten + Partner, Kiel. Die Grundlagenermittlung wird durch die Verwaltung in regelmäßigen Abstimmungsterminen begleitet und soll zum Jahreswechsel abgeschlossen sein. Das Ergebnis einschließlich einer ersten Kostenschätzung und einem Zeitplan wird im Hauptausschuss vorgestellt.

3. Sanierung der Schulstraße

Bereits beschlossen ist die Sanierung der Schulstraße im Stadtteil Klausdorf. Das Investitionsvolumen liegt hier bei ca. **3 Mio €**. Die Planungen befinden sich in der Endabstimmung mit den verschiedenen Beteiligten, zu denen das Büro B2K, die Telekom, andere Glasfaserfirmen, unsere Stadtwerke und die Stadtwerke Kiel gehören. Insbesondere die Entwässerungsproblematik muss noch detailliert geplant werden, wo hingegen die Eigentumsverhältnisse mit den zahlreichen Anwohnern durch viele Gespräche weitestgehend geklärt wurden.

Ein Förderprogramm steht nach Kenntnis der Verwaltung nicht zur Verfügung, Ausbaubeiträge werden nicht erhoben. Es ist damit zu rechnen, dass sich die o.g. Unternehmen anteilig an den Investitionen beteiligen. Für den Bereich der Gemeindestraßen steht der Stadt Schwentinental in 2024 die Summe von 265.600€ aus dem FAG zur Verfügung. Diese Gelder setzen sich zusammen aus 64 Straßenkilometer mal 4.150€ als Schlüsselzuweisung.

Diese aufwändige bauliche Maßnahme soll 2024 bis 2025 laufen.

Stand April 2024:

Alle vorbereitenden Maßnahmen haben stattgefunden, die Ausschreibung kann beginnen. Mit einem Baubeginn kann dann im Herbst 2024 gerechnet werden, die Arbeiten werden sich dann voraussichtlich bis Ende 2026 hinziehen. Vorbehaltlich des tatsächlichen Ausschreibungsergebnis ist eine Aufteilung der Finanzmittel auf die drei Haushaltsjahre 2024, 25, und 26 sinnvoll.

- 2024 : 800.000,- €
- 2025 : 1.200.000,- €
- 2026 : 1.000.000,- €

Die Kostberechnung stammt vom 16.05.2022 und belief sich auf 2.761.825,65 €, seitens der Verwaltung wurde aufgrund der zu erwartenden Kostensteigerungen (16.05.2022 bis 09.04.24) die Bausumme auf 3 Millionen erhöht.

Sachstand Oktober 2024:

Nach der Genehmigung des Haushaltes können nun die Ausschreibungen beginnen. Der Zeitplan sieht zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt aus:

14.10.2024	Veröffentlichung der Ausschreibungsunterlagen
18.11.2024	Angebotseröffnungen/ Submission sowie Kurze mündliche Information über die ungeprüften Angebotssummen im Bauausschuss
29.11.2024	Eingang des schriftlichen Vergabevorschlages vom Planungsbüro
09.12.2024	Beratung im Hauptausschuss
12.12.2024	Beratung und entsprechende Ermächtigung zur Auftragsvergabe in der Stadtvertretung
13.12.2024	Versendung des schriftlichen Angebotes an den entsprechenden Bieter
20.01.2025	Frühster möglicher Baubeginn (auch abhängig von der Wetterlage)

Auch diese Investitionen in Höhe von rund 3 Mio € werden kreditfinanziert. Als Kompensation können die o.g. FAG-Gelder herangezogen werden. Diese allerdings sind bereits gekürzt, wie aus dem derzeitigen Haushaltserlass des Landes hervorgeht: 64 km x 3.990,00 (statt bisher 4.150,00) = 255.360,00 € für unsere Straßen und Wege.

4. Erweiterung der OGTS im Stadtteil Raisdorf

a) Die OGTS im Schulzentrum am Schwentinepark verzeichnet ebenso wie die Grundschule einen enormen Zulauf an Schüler/innen. Aus diesem Grunde wird von Seiten der Selbstverwaltung eine weitestgehende Entflechtung von Schule und nicht-schulischen Einrichtungen vor Ort angestrebt. Verschiedene Maßnahmen wurden bereits ergriffen, z.B. die doppelte Nutzung von Räumen durch die Grundschule und die OGTS, dazu gehört auch die Aula, die nun als zweiter großer Speisesaal für die Kinder herhält, sowie die Aussiedlung der Fahrradwerkstatt in das Heimatmuseum und der Green Lions in die Landdiele. Die 12 dafür genutzten Container sollten zunächst der OGTS für einen zweiten Speisesaal zur Verfügung gestellt werden, dies ließ sich jedoch durch dann festgestellte Feuchtigkeit und Schimmelbefall nicht realisieren. Nun sollen die 12 Container ausgetauscht werden, die bisherigen wurden bereits abtransportiert. Eine angedachte Zweigeschossigkeit lässt sich hier aus statischen Gründen nicht umsetzen. Die Kosten allein für diese Container werden bei ca. 4200 € Monatsmiete oder beim Kauf um die 320.000 € brutto liegen. Zusätzlich muss die darunterliegende Schulbunkeranlage für ca. 5000 € freigelegt und abgedichtet werden und die Streifenfundamente für ca. 25.000 € erneuert werden.

Eine finanzielle Förderung scheint hier nicht in Sicht.

Umzusetzen ist diese Maßnahme im ersten Halbjahr des Jahres 2024.

Sachstand 2024:

Die Planungen befinden sich im Zeitplan, sodass die Containeranlage nach den Sommerferien eröffnet werden kann und somit Entlastung für die OGTS und die Grundschule bietet. Eine weitere Entlastung ergibt sich durch die Vierzügigkeit des im Sommer 2024 einzuschulenden Jahrgangs, sodass ein weiterer Klassenraum erübrigt. Die Container sind bestellt, die Arbeiten an den Fundamenten werden zeitnah erfolgen. Kosten für Neucontaineranlage ca. 424.000 € zzgl. Aus- und Umbaukosten, sowie weiteren Nebenkosten für die Außenanlage incl. Erneuerung der Streifenfundamente und Abdichtung. Geschätzte Gesamtkosten, da noch nicht für alle Maßnahmen Angebote vorliegen ca. 606.000 € brutto.

Sachstand Oktober 2024:

Die Containeranlage wurde mit dem Schuljahresbeginn im August 2024 in Betrieb genommen. Die vier großen Räume werden in enger Abstimmung sowohl von der Grundschule als auch von der OGTS genutzt, im Sinne einer effizienten Raumnutzung.

Die Kosten in Höhe von 528.000 € sind beim Bildungsministerium eingereicht worden mit dem Ziel einer 85-igen Förderung nach der im Juni 2024 veröffentlichten Richtlinie zur Umsetzung des Investitionsprogramms zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau). Durch dieses Programm sollen Ganztagsplätze geschaffen werden bzw. auch erhalten bleiben. Finanziert werden u.a. Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen sowie Ausstattungsinvestitionen und etwaige Begleit- und Folgemaßnahmen. Diese Maßnahmen werden (ohne einen Anspruch auf Gewährung) gefördert als nicht rückzahlbarer Zuschuss in einer Höhe von bis zu 85% der tatsächlich zuwendungsfähigen Ausgaben. Maßnahmen können gefördert werden, wenn sie am 12.10.2021 begonnen und spätestens bis 31.12.2027 abgeschlossen werden. Über diese Richtlinie wurde der Bildungsausschuss mit SM 154/2024 am 13.06.2024 informiert.

Die mit der Containeranlage verbundenen Kosten in Höhe von 528.000 € könnten somit bei voller Inanspruchnahme der Förderung durch diese Richtlinie mit einer Summe von 448.000 € bezuschusst werden. Sobald ein dementsprechender Bescheid seitens der IBSH vorliegt, werden die kommunalen Gremien informiert.

Diese Maßnahme wird bei weiteren Fortschreibungen nicht mehr erwähnt werden, da sich die Kosten dieser umgesetzten Maßnahme im sechsstelligen Bereich befinden und die Maßnahme final umgesetzt wurde.

b) Neben der oben dargestellten kurzfristigen Raumerweiterung ist der Neubau eines Baukörpers auf dem Schulgelände im Gespräch. Dazu werden derzeit die Bedarfe der Grundschule und der OGTS zusammengetragen, die mit dem zu errichtenden Baukörper erfüllt werden sollen. Hier sind z.B. Klassen- und Differenzierungsräume zu nennen, aber auch Betreuungsräume und ein großer Speisesaal. Da durch ein solches neues Gebäude der Musikraum weichen müsste, ist auch dieser neu zu bauen.

Eine finanzielle Förderung für diese bauliche Maßnahme soll sich aus der Richtlinie der Ganztagsbetreuung ergeben. Diese liegt derzeit im Entwurf vor, sieht dabei eine 85%-Förderung für Einrichtungen der OGTS vor, die Kosten sollen jedoch nach aktuellem Kenntnisstand auf einen Satz von 5170,-€ je Schüler/in gedeckelt werden. Für die Grundschule am Schwentinepark hieße dies bei 380 Kindern ein maximaler Betrag von 1.964.600€. Die Gesamtkosten werden nach Vorliegen der Bedarfe noch zu ermitteln sein. Als grobe erste Einschätzung kann man sich orientieren an den Kosten, die Architekt Mumm für den Bau einer Mensa im Stadtteil Klausdorf dargestellt hat: er rechnet dort mit 1,5 Mio € (BGF von 450 m² mal 3200€). Wenn man Nebenkosten, Außenanlagen und Baukostensteigerungen hinzurechnet und das, aufgrund größerer Schülerzahlen höhere Bauvolumen bedenkt, kann hier gut und gerne mit **3 Mio €** gerechnet werden – als grobe Richtschnur.

Die Planungen für dieses Projekt laufen bereits und sollen 2024 konkretisiert werden, sodass mit einer Umsetzung in 2025 zu rechnen sein könnte, um das Gesetz zur Erfüllung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen ab 2026 zu erfüllen.

Sachstand April 2024:

Nach Beschluss der Stadtvertretung sollen zunächst alle möglichen Varianten einer solchen baulichen Maßnahme auf dem Campus durch ein Fachbüro dargestellt werden. Im April 2024 stellen sich dazu drei Büros im Rathaus vor, aus denen zur Umsetzung dieses Auftrags eine Auswahl zu treffen ist. Nach den Sommerferien sind Ergebnisse einer solchen Darstellung zu erwarten. Die Beschlussfassung durch die kommunalen Gremien könnten dann Ende 2024 erfolgen.

Die o.g. Richtlinie des Landes bzgl. der Investitionskosten wurde bis heute nicht veröffentlicht. Jedoch kann nach derzeitigem Kenntnisstand eine 85%ige Förderung ohne Deckelung erwartet werden.

Sachstand Oktober 2024:

Die besagte Richtlinie ist mittlerweile veröffentlicht (siehe 4.a.), die Förderung von 85% der investiven Maßnahme soll nach Vorlage der Planung und Beschluss durch die Stadtvertretung beantragt werden. Eine Antragstellung ist laut Richtlinie bis 31.12.2025 möglich. Hervorzuheben ist hierbei, dass nur die im Zusammenhang mit der Ganztagsbetreuung stehenden baulichen Maßnahmen bezuschusst werden können. Die weiter gehenden Kosten für die Schaffung von zusätzlichem Schulraum werden nicht gefördert. Dem Bildungsausschuss wurden am 10.10.2024 die Entwürfe des Büros Schnittger vorgestellt. Entscheidungen der kommunalen Gremien stehen hierzu noch aus. Planungskosten sollen in den Haushalt 2025 eingestellt werden.

5. Bau eines Kindergartens für die Pavillons

Um auch die Bedarfe der Albert-Schweitzer-Schule erfüllen zu können, gibt es die Zielsetzung, der Gemeinschaftsschule die beiden Pavillon-Stränge, in denen sich derzeit sechs Kindergartengruppen befinden, zur Verfügung zu stellen. Dazu ist ein geeignetes, verkehrsgünstig gelegenes Grundstück im Stadtteil Raisdorf zu finden, auf dem ein neuer Kindergarten gebaut werden kann. Die Stadtverwaltung befindet sich hierzu bereits auf der Suche, der Bauausschuss bat erst kürzlich darum, alle Alternativen darzustellen.

Den groben finanziellen Rahmen zu schätzen ist aufgrund des derzeitigen Planungsstandes kaum möglich. Auch hier könnte man sich erneut an den Darlegungen des Architekten Mumm orientieren, der für den Neubau eines neungruppigen Kindergartens eine Summe von 6 bis 7 Mio € berechnet hat. Wenn wir an dieser Stelle von nur sechs Gruppen reden, kann man von davon ausgehen, dass dieser Neubau ca. **5 Mio €** kosten wird. Eine finanzielle Förderung ergibt sich aus der Anlage IV „Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ der Richtlinie des Kreises Plön zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege. Hiernach werden bis zur bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter und über drei Jahren im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu 30 % der fachtechnisch anerkannten Kosten als Kreiszuwendung gewährt.

Die zeitliche Perspektive für den Bau dieser Kindertagesstätte ist noch ungewiss und hängt insbesondere von dem zu findenden Grundstück ab bzw. auch von den Eigentumsverhältnissen. Bei einem Erwerb einer Fläche kämen weitere Kosten auf die Stadt zu.

Sachstand April 2024:

Die Verwaltung hat mit der Beschlussvorlage 001/2024 denkbare Standorte identifiziert und vorläufig bewertet. Diese sollen in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Bildungsausschusses diskutiert werden. Erst nach Festlegung auf ein Grundstück kann über den weiteren Fortgang bzw. die Finanzierung eine Aussage getätigt werden.

In diesem Zusammenhang müssen die Anmeldezahlen an der Gemeinschaftsschule im Auge behalten werden, die derzeit einen drastischen Rückgang von 58 auf 32 zu verzeichnen haben.

Sachstand Oktober 2024:

Die Anmeldezahlen für die Gemeinschaftsschule sind mit 35 Schüler/Innen auf dem niedrigen Stand geblieben. Über diesen Entwicklungsstand sind Gespräche mit der Schulleitung vereinbart.

Die kommunalen Gremien haben sich auf vier denkbare Grundstücke festgelegt, die sukzessive überprüft werden sollen. Von einem Privateigentümer hat die Verwaltung bereits eine Absage für eine zeitnah umzusetzende Lösung erhalten, mit einem zweiten ist die Stadt in enger Absprache. Hierzu werden bereits

konkrete Planungen angestellt, die den kommunalen Gremien demnächst zur Beratung vorgelegt werden sollen.

Die Finanzierung einer solchen KiTa ist abhängig von dem gewählten Grundstück.

Zuwendungen werden gewährt für die Errichtung von Kindertagesstätten, von Kindertagespflegestellen (nach § 28 Nr. 1 und 3 KiTaG). Daneben werden auch für Sanierungen von Einrichtungen im Kreisgebiet Zuwendungen gewährt, soweit die Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Interesse liegen. Zur Sanierung gehören die Erweiterung und Modernisierung bestehender Einrichtungen, um bedarfsgerechte Voraussetzungen unter den heutigen wirtschaftlichen und funktionellen Gesichtspunkten zu schaffen. Die Kosten für den käuflichen Erwerb von Grundbesitz für Kindertageseinrichtungen sind nicht zuwendungsfähig.

Die Anträge müssen bis zum 01.07. eines jeden Jahres dem Kreis Plön zugegangen sein, wenn sie für die Haushaltsberatungen des kommenden Jahres berücksichtigt werden sollen. Bis zur bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter und über drei Jahren werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu 30 % der fachtechnisch anerkannten Kosten als Kreiszuwendung gewährt. Für die Sanierung von Einrichtungen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ebenso bis zu 30 % der fachtechnisch anerkannten Kosten als Kreiszuwendung gewährt.

Für die weiteren Investitionen in dem Gesamtprojekt (Neubau / Sanierung Schule, Neubau Kita) kommen aus evtl. auch Energie- u. klimabezogene Programme des Bundes in Betracht, das sind im Einzelnen:

Bundesförderung für effiziente Gebäude – Klimafreundlicher Neubau

Bundesförderung für effiziente Gebäude – Einzelmaßnahmen

Beide Programme sind sog. „fließende“ Programme bis 2030 nutzbar, auch hier können mehrere Anträge gestellt werden. Da es sich bei diesem Projekt teilweise um Neubau, teilweise um Sanierungen handelt, können beide in den einzelnen Bereichen angewendet werden. Die Förderquoten liegen zwischen 5 % bis zu 30 %, das hängt von den Bausummen bzw. förderfähigen Investitionskosten ab.

6. Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule – OGTS

Um den gesetzlichen Anspruch auf die Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026 zu erfüllen, ist an der Astrid-Lindgren-Schule eine Mensa mit diversen Betreuungsräumen zu bauen. Architekt Mumm hat dazu erste Überlegungen angestellt und diese den kommunalen Gremien vorgestellt. Die Betreuung der Kinder findet derzeit, organisiert durch die Betreute Grundschule, in diversen Räumen auf dem Schulgelände bzw. im Kinder- und Jugendhaus statt, das Essen wird in der Containeranlage hinter der Sporthalle eingenommen.

Die Kostenschätzungen liegen bereits konkret vor; das Büro Mumm rechnete Anfang 2022 mit Kosten von 1,5 Mio € (nur Bauwerk und Baukonstruktionen). Nimmt man Nebenkosten, Außenanlagen und Baukostensteigerung hinzu, landet man geschätzt bei **2,5 Mio €**. Eine finanzielle Förderung für diese bauliche Maßnahme soll sich aus der Richtlinie der Ganztagsbetreuung ergeben. Diese liegt derzeit im Entwurf vor und verspricht dabei eine 85%-Förderung für Einrichtungen der OGTS, die Kosten sollen jedoch auf einen Satz von 5170,-€ je Schüler/in gedeckelt werden. Für die Astrid-Lindgren-Schule hieße dies bei 280 Kindern ein maximaler Betrag von 1.447.600€.

Zeitlich ist diese Maßnahme so umzusetzen, dass dem gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ab 2026 entsprochen wird.

Sachstand April 2024:

Die o.g. Richtlinie des Landes bzgl. der Investitionskosten wurde bis heute nicht veröffentlicht. Jedoch kann nach derzeitigem Kenntnisstand eine 85%ige Förderung ohne Deckelung erwartet werden. Gemäß Beschlusslage wurde die GMSH AöR als geeignete Stelle identifiziert, die ein Vergabeverfahren für

Planungsleistungen für das anzustrebende Betreuungs- und Bildungszentrum an der Astrid-Lindgren-Schule für die Stadt durchführen könnte.

Sachstand Oktober 2024:

Nach Genehmigung des Haushaltes ist der Auftrag beschlussgemäß an die GMSH herausgegangen, das Vergabeverfahren für die Gesamtmaßnahme durchzuführen.

Auch hier gilt das Gleiche wie schon bei der Grundschule am Schwentinepark erwähnt: Das Investitionsprogramm Ganztagsausbau ist mittlerweile veröffentlicht (siehe 4.a.), die Förderung von 85% der investiven Maßnahme soll nach Vorlage der Planung und Beschluss durch die Stadtvertretung beantragt werden. Hervorzuheben ist hierbei, dass nur die im Zusammenhang mit der Ganztagsbetreuung stehenden baulichen Maßnahmen bezuschusst werden können. Die weiter gehenden Kosten für die Schaffung von zusätzlichem Schulraum oder für das Jugendhaus werden nicht gefördert. Wenn es tatsächlich bei den o.g. Kosten für den Mensabau in Höhe von 2,5 Mio € bleiben sollte, kann mit einer 85%-igen Förderung in Höhe von 2,1 Mio € gerechnet werden.

7. Bau eines neuen Kindergartens im Stadtteil Klausdorf

Die Stadtvertretung hat in ihrer Sitzung am 02.11.2023 beschlossen, auf der benachbarten Koppel Suput eine neue KiTa zu errichten. Sie soll für bis zu 6 Gruppen ausgelegt werden mit der Möglichkeit einer Erweiterung. Der Bürgermeister wurde beauftragt, für die Planung des anzustrebenden Betreuungs- und Bildungszentrums an der Astrid-Lindgren-Schule ein geeignetes Ingenieurbüro zu beauftragen, das Vergabeverfahren gemäß HOAI für die Leistungsphasen I-III vorzubereiten und durchzuführen. Ein notarieller Vertrag zum Erwerb der Koppel liegt vor. **Der Vertrag wurde unter den bis zum 15.01.2026 befristeten aufschiebenden Bedingungen geschlossen, dass die Stadt einen Bebauungsplan für das Grundstück beschließt und die Stadtvertretung dem Kaufvertrag zustimmt. Eine Beschlussvorlage zur Zustimmung soll noch im Jahr 2024 vorgelegt werden.**

Die Kostenschätzung durch den Architekten Mumm liegen bei 6-7 Mio € für einen neungruppigen Kindergarten. Da der Beschluss von einer sechsgruppigen KiTa spricht, kann von einer Kostenreduzierung ausgegangen werden, sodass grob mit **5 Mio €** gerechnet werden kann. Eine finanzielle Förderung ergibt sich aus der Anlage IV „Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ der Richtlinie des Kreises Plön zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege. Hiernach werden bis zur bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter und über drei Jahren im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu 30 % der fachtechnisch anerkannten Kosten als Kreiszuwendung gewährt. Auch für etwaige Sanierungen von Einrichtungen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu 30 % der fachtechnisch anerkannten Kosten als Kreiszuwendung gewährt.

Diese bauliche Maßnahme geht mit der gesamten Planung des Betreuungs- und Bildungszentrums am Aubrook einher; die KiTa ist unter anderem nötig, um die Kinder aus der Pippi-Lotta und dem alten Hausmeisterhaus aufzunehmen.

Sachstand 2024:

Diese Maßnahme geht mit der Maßnahme 6 einher.

Im Zuge der bereits eingeleiteten Bauleitplanung werden derzeit faunistische Untersuchungen durchgeführt. Eine frühzeitige Behördenbeteiligung hat bereits stattgefunden. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit soll zügig terminiert werden.

Ferner wurde gemäß Beschlusslage die GMSH AöR als geeignete Stelle identifiziert, die ein Vergabeverfahren für Planungsleistungen für das anzustrebende Betreuungs- und Bildungszentrum an der Astrid-Lindgren-Schule für die Stadt durchführen könnte.

Sachstand Oktober 2024:

Nach Genehmigung des Haushaltes ist der Auftrag beschlussgemäß an die GMSH herausgegangen, das Vergabeverfahren für die Gesamtmaßnahme durchzuführen.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung im September 2024 beschlossen, parallel zu den laufenden Planungen ein detailliertes Bodengutachten des Grundstücks erstellen zu lassen, um die Bebaubarkeit zu prüfen. Eine Abstimmung über den Kaufvertrag des Grundstücks wurde somit verschoben.

Zur Finanzierung einer KiTa gilt Vergleichbares wie unter Punkt 5 benannt. Nach der Richtlinie des Kreises Plön zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege werden bis zur bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter und über drei Jahren im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu 30 % der fachtechnisch anerkannten Kosten als Kreiszuwendung gewährt. In diesem Fall von der Verlegung von 5 Gruppen und einer neu zu schaffenden Gruppe kann man von Kosten in gleicher Größenordnung wie beim Ersatzbau für die Pavillons ausgehen.

8. Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule

Das beauftragte Architekturbüro Mumm hat neben dem Bau der KiTa und der OGTS auch den Sanierungsbedarf der Grundschule im Stadtteil Klausdorf betrachtet, dieses könnte mit über **10 Mio €** der größte Anteil der baulichen Maßnahme an der Astrid-Lindgren-Schule werden. Die Stadtvertretung hat dazu den Beschluss gefasst, die Anforderungen an einen modernen Unterricht (Clusterschule) zu berücksichtigen. Jedoch wurde bereits ins Auge gefasst, die durch den Architekten Mumm dargestellten Maßnahmen auf das Nötigste zu begrenzen.

Die Förderungsmöglichkeiten könnten sich hier weitestgehend auf Energieeffizienz-Maßnahmen beziehen, die im Einzelnen noch darzustellen sind. Ein etwaiges Schulbauprogramm seitens des Landes ist derzeit, auch aufgrund der finanziellen Lage Schleswig-Holsteins, nicht in Sicht.

Diese bauliche Maßnahme geht ebenso wie die OGTS und die KiTa mit der gesamten Planung des Betreuungs- und Bildungszentrum am Aubrook einher, wird jedoch aller Voraussicht nach erst am Ende der gesamten Maßnahmen stehen.

Sachstand April 2024:

Gemäß Beschlusslage wurde die GMSH AöR als geeignete Stelle identifiziert, die ein Vergabeverfahren für Planungsleistungen für das anzustrebende Betreuungs- und Bildungszentrum an der Astrid-Lindgren-Schule für die Stadt durchführen könnte. Das für diese Leistungen vorliegende Angebot soll im Rahmen der kommenden Sitzung des Hauptausschusses beraten werden. Über die Dimension dieser Maßnahme, die sich an Nr. 6 und 7 anschließt, wird noch zu entscheiden sein.

Sachstand Oktober 2024:

Nach Genehmigung des Haushaltes ist der Auftrag beschlussgemäß an die GMSH herausgegangen, das Vergabeverfahren für die Gesamtmaßnahme, zu der auch die Sanierung der Schulgebäude gehören, durchzuführen.

Ein Förderprogramm für eine solche Maßnahme ist derzeit nach Auslaufen des IMPULS-Programmes des Landes nicht in Sicht. Ggf. Könnten hier KfW-Maßnahmen für energetische Sanierungen herangezogen werden, dies wird das zu beauftragende Planungsbüro mit überprüfen. (siehe Punkt 5)

9. Erweiterungsbau Feuerwehr Klausdorf

Der Handlungsbedarf im Feuerwehrgerätehaus an der Teichstraße ist offenkundig; es fehlt u.a. an Umkleidemöglichkeiten, an Lagerflächen, an Stellplätzen und an diversen technischen Erneuerungen. Der Platz am Klausdorfer Dorfplatz ist begrenzt, deswegen hat der Hauptausschuss eine Arbeitsgruppe berufen, um zusammen mit Feuerwehr und Verwaltung eine möglichst verträgliche Lösung zu finden. Die beauftragte Architektin erarbeitet derzeit diverse Entwürfe. Bis zu deren Vorlage gilt es weiterhin abzuwarten.

Eine Kostenschätzung fällt hier sehr schwer, da weder der genaue Baukörper noch seine genaue Lage feststeht. Jedoch dient der Bau des Feuerwehrhauses in der Bahnhofstraße als Orientierung. Dessen Gesamtkosten von knapp 6 Mio € lassen erwarten, dass hier mindestens die Hälfte der Kosten anlaufen werden, sodass mit Erschließungs- und Nebenkosten von einer Summe von **4 Mio €** ausgegangen werden kann.

Zurzeit existiert eine Richtlinie zur Förderung von Feuerwehrhäusern in Schleswig-Holstein. Danach werden gefördert u.a. der Neubau von Fahrzeughallen sowie die Erweiterung, der Ausbau und der Umbau eines Gerätehauses. Es erfolgt eine prozentuale Förderung der förderfähigen Kosten, maximal 300.000 €.

Die zeitliche Umsetzung hängt insbesondere von der Vorlage der Entwürfe und der Entscheidung der kommunalen Gremien ab.

Sachstand April 2024:

Hierzu gibt es keinen neuen Planungsstand, diesbezügliche Entscheidungen stehen aus.

Sachstand Oktober 2024:

Das Land Schleswig-Holstein hat vor Kurzem angekündigt, dass die o.g. Fördermittel für den Bau von Feuerwehrhäusern in Höhe von 300.000 € nicht mehr zur Verfügung stehen, sodass eine solche bauliche Erweiterung allein durch städtische Haushaltsmittel zu finanzieren wäre.

Zum Planungsstand sei auf den durch den Hauptausschuss aufgestellten Fragenkatalog verwiesen, der sich in der Bearbeitung durch die Verwaltung befindet. Eine zentrale Frage befasst sich mit der Anzahl der unterzubringenden Fahrzeuge, die wesentlich das Bauvolumen bestimmt und somit großen Einfluss nehmen wird auf die Umsetzung auf dem Gelände rund um den Dorfplatz, der in seiner atmosphärischen Form zu erhalten ist. Die vorgelegte Stellungnahme der Feuerwehr lässt vermuten, dass sich eine Zwei-Gebäude-Lösung abzeichnen könnte. Grundsätzliche Entscheidungen stehen hierzu noch aus. Konkrete finanzielle Überlegungen anzustellen, wäre zum jetzigen Zeitpunkt rein spekulativ. Aber auch hier gilt die o.g. Faustformel: Für jede kreditfinanzierte Million ist über Jahre im Ergebnishaushalt eine Aufwendung von 50.000€ an Zins- und Tilgungsleistungen vorzusehen.

10. Bau eines weiteren Kindergartens im Stadtteil Raisdorf

Nach Kenntnis der Verwaltung sind sowohl die KiTa in der Dorfstraße wie auch in der Ernst-Moritz-Arndt-Straße sanierungsbedürftig. Eine genaue Aufstellung wird dazu noch erfolgen.

Sollte womöglich nur ein Kindergarten neu gebaut werden müssen, stehen weitere Investitionen in Millionenhöhe an. Zur Orientierung kann auf Punkt 7 verwiesen werden, wonach eine solche KiTa mit rund **5 Mio €** veranschlagt werden sollte. Förderungen müssten ähnlich wie bei den anderen Einrichtungen geprüft werden.

Zeitlich kann noch keine Annahme getroffen werden, die Bausubstanz wird weiter kontrolliert. Geeignete bauliche Übergangsmaßnahmen werden getroffen.

Sachstand April 2024: Hierzu gibt es noch keinen aktuelleren Sachstand

Sachstand Oktober 2024:

Erste bauliche Untersuchungen des kirchlichen Kindergartens in der Ernst-Moritz-Arndt-Straße wurden jüngst veranlasst. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Es zeichnet sich jedoch zumindest ein erheblicher Sanierungsbedarf ab. Die Stadt befindet sich diesbezüglich in enger Abstimmung mit der Kirche bzw. dem Kirchenkreis. Diese Gespräche umfassen auch den Kindergarten im Fernsichtweg, der aufgrund eines immensen Wasserschadens komplett saniert und dazu geräumt und für Monate woanders untergebracht werden muss. Hierbei spielt auch das benachbarte Haus der Kirche eine Rolle; dieses soll in Zukunft nach Mitteilung durch die Martinsgemeinde nicht mehr kirchlich genutzt werden und steht jetzt bereits für die provisorische Unterbringung von zwei Kindergartengruppen zur Verfügung. (Siehe SM 172) Finanzielle Erwägungen wurden in diesem Zusammenhang noch nicht beleuchtet.

11. Erweiterung des Rathauses

Während der Personalbestand in den Jahren seit der Stadtgründung immer weiter gewachsen ist, hat sich der zur Verfügung stehende Raum im Rathaus nicht verändert. Während andere Verwaltungen sich laufend vergrößert haben, blieb es in Schwentinental bisher bei denselben Raumflächen am Theodor-Storm-Platz. Es gab vor einigen Jahren bereits erste Überlegungen der räumlichen Erweiterungen aufgrund der größer gewordenen Belegschaft. Diese wurden jedoch zunächst nicht weiter verfolgt, auch aufgrund anderer Aufgaben mit höherer Priorität. Nun hat sich aber die Möglichkeit ergeben, in unmittelbarer Nähe eine Immobilie zu beziehen, die einen An- bzw. Erweiterungsbau am Rathaus überflüssig machen würde. Dazu liegt eine weitere Beschlussvorlage (BV 239/2023) vor, welche nicht öffentlich beraten werden soll und detailliert die Notwendigkeit und Vorteile eines Erwerbs der Immobilie darstellt, nachdem die Stadtvertretung im April 2023 prinzipiell grünes Licht für diesen Weg gegeben hatte (BV 77/2023).

Die Verwaltung hat derzeit kein nennenswertes Förderprogramm ausfindig machen können, welches Zuschüsse für die im begrenzten Rahmen erforderlichen Umbaumaßnahmen hergibt.

Der Kostenrahmen von **1,3 Mio €** würde im Vergleich zu einem Erweiterungsbau deutlich geringer ausfallen, da z.B. keine aufwändigen Planungskosten mit entsprechenden Leistungsphasen anfallen.

Zeitlich gesehen kann dieses Vorhaben mit den nötigen Umbauarbeiten in 2024 umgesetzt werden.

Sachstand April 2024:

Die kommunalen Gremien haben dieses Vorhaben im Hauptausschuss am 15.2.2024 vorerst u.a. aus finanziellen Gründen abgelehnt.

Der Bürgermeister befindet sich nun in weiteren Nachverhandlungen mit den Eigentümern und beabsichtigt, bei erfolgreichen Gesprächen den kommunalen Gremien erneut einen Vorschlag zu unterbreiten.

Sachstand Oktober 2024:

Nachverhandlungen haben stattgefunden, mit dem vorläufigen Ergebnis verbesserter Konditionen für die Stadt, die Gesprächsergebnisse können im nicht-öffentlichen Teil des Hauptausschusses präsentiert und ggf. durch weitere Umsetzungsmodelle thematisiert werden.

Die Verwaltung sieht weiterhin die Notwendigkeit der räumlichen Erweiterung des Rathauses, insbesondere begründet durch den Personalaufwuchs in den letzten Jahren. Seit der Stadtgründung im Jahr 2008 ist die Zahl der im Rathaus arbeitenden Personen von 44 Mitarbeitende in 2010 auf heute rund 66 Mitarbeitende gestiegen, ohne dass zusätzliche Räume geschaffen wurden.

12. Weitere Maßnahmen

Die oben genannten 11 Punkte erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Das kommunale Geschehen ist bekanntlicherweise so lebendig, dass immer mal wieder eine weitere Investitionsnotwendigkeit auftauchen kann. Hier sollen noch folgende benannt werden:

- a) Die KiTa in der Schulstraße ist ebenfalls sanierungsbedürftig. Eine Aufstellung über Maßnahmen oder Kosten liegt derzeit nicht vor.

Sachstand Oktober 2024:

Die Begehung durch den zuständigen Ausschuss wird im November 2024 nach Terminfindung erfolgen.

- b) Die Ansprüche des Sports an die Stadt werden immer lauter. Die Hallenböden werden bereits erneuert, weitere Maßnahmen werden sicherlich bei den in die Jahre gekommenen Sporthallen ergriffen werden müssen.

Sachstand Oktober 2024:

Ein Antrag bzgl. der Erneuerung des Hallenbodens in der Uttoxeterhalle liegt den kommunalen Gremien seit Kurzem vor. Ein externes Büro wird mit der Überprüfung des Zustands des Bodens beauftragt, um somit eine Kostenschätzung vorzulegen, die schätzungsweise siebenstellig werden könnte. Das sog. Sportstättenförderungsprogramm wurde durch die Sparmaßnahmen des Landes gerade beendet. Eine Förderung bzgl. energetischer Verbesserungen ist vorstellbar und soll hier (wie auch beim Hallenboden der Schwentinehalle) herangezogen werden.

- c) Weitere Feuerwehrfahrzeuge müssen ausgewechselt werden, der ehemalige Ausschuss UVöSK hat dazu eine Liste erstellt, aus der jährliche finanzielle Auswirkungen im sechsstelligen Bereich hervorgehen.

Sachstand April 2024:

Im Haushaltsplan 2024 ist die Anschaffung eines Fahrzeugs für die FFRaisdorf für das Jahr 2025 vorgesehen, deren Ausschreibung in 2024 vorgenommen werden soll. Die Kosten werden sich auf rund 500.000 bis 600.000€ belaufen. Ob eine geringe Kreisförderung in Höhe von 5 bis 10% erfolgt, bleibt abzuwarten.

Sachstand Oktober 2024:

Das zu beschaffene Fahrzeug soll tatsächlich im Jahr 2025 beschafft werden. Dieses und weitere Fahrzeuge werden hier nicht mehr aufgelistet, da sie monetär jeweils im sechsstelligen Bereich bleiben. Es bleibt anzumerken, dass auch die Kreisförderung (wie die Landesmittel) erheblich eingekürzt wurde.

- d) Wenn die Stadt selbst aktiv eine Baulandentwicklung betreiben möchte (für Wohnen oder Wirtschaft), ist auch der Erwerb von geeigneten Flächen denkbar, der nach bisherigen Erfahrungen im siebenstelligen monetären Bereich liegen können.

Sachstand April 2024:

Hierzu gibt es erste Ideen der Verwaltung rechts und links der Preetzer Chaussee, die den kommunalen Gremien vorgelegt werden.

Sachstand Oktober 2024:

Nach neuester Beschlusslage ist es denkbar, dass die sog. BiMa-Flächen als Gewerbeland dienen könnten. Dazu ist die Verwaltung beauftragt, Gespräche zu führen, die Verkaufsbereitschaft des Bundes prüfen zu lassen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

- e) Unsere Straßen bedürfen einer regelmäßigen Sanierung. Mit dem Fernsichtweg ist nach der Schulstraße der nächste kostenträchtige Tiefbau in Sicht. Der Südring lässt dann nicht lange auf sich warten.

Sachstand Oktober 2024:

Manche Straßensanierungen werden durchgeführt, ohne dass diese als investive Maßnahme betitelt werden könnte. Bei großen Straßeninstandsetzungen, zu denen auch der Südring zählt, werden rechtzeitig in den kommunalen Gremien Beschlussvorlagen mit allen Informationen gefertigt. Derzeit kann es hierzu noch keine finanzielle Betrachtung geben.

- f) Die Brücken an der Bek werden sukzessive erneuert. Auch hier ist finanziell insgesamt eine hohe sechsstellige Summe errechnet worden.

Sachstand April 2024:

Für die mittlere Brücke haben die Planungen begonnen, das Ingenieurbüro ist beauftragt, eine Ausführungsplanung zu erstellen. Im Haushalt 2024 sind diesbezügliche Kosten eingestellt.

Sachstand Oktober 2024:

Nach der Genehmigung des Haushaltes im August 2024 wurden die Planung für die Umsetzung der Maßnahme (Neubau des Brückenkörpers 2) wieder aufgenommen. Mit der Fertigstellung der entsprechenden Ausschreibungsunterlagen ist in den nächsten 3 Wochen zurechnen, so dass noch in diesem Jahr die Ausschreibung durchgeführt werden kann und einem Baubeginn zum Ende des 1. Quartals 2025 nichts im Wege steht.

Nach Abschluss des Brückenneubaus der Brücke 2 ist verwaltungsseitig vorgesehen, ein Sanierungskonzept inklusive einhergehender Kostenschätzung für den Brückenkörper 1 zu erarbeiten und den entsprechenden Gremien zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Diese Maßnahme wird bei weiteren Fortschreibungen nicht mehr erwähnt werden, da sich die Kosten dieser umgesetzten Maßnahme im sechststelligen Bereich befinden und die Maßnahme final umgesetzt wurde.

Dieser erste Überblick über die anstehenden großen Investitionen in einer Gesamthöhe von über 50 Mio € stellt zunächst –dies sei hier nochmals betont- eine grobe Kostenannahme dar, die dezidiert durch Planungsbüros berechnet werden muss, um belegbare Zahlen zu erhalten. Der Überblick veranschaulicht jedoch das enorme Bauvolumen, vor dem die Stadt Schwentinental steht. Neben den finanziellen Herausforderungen, die Kredite in bisher nicht gekanntem Umfang nötig machen werden, sind auch die personellen Aspekte zu berücksichtigen. Allein die Punkte 4 bis 8, sowie weitere Maßnahmen, beziehen sich auf den Bereich der Kinderbetreuung. Um dieses Programm angehen und abarbeiten zu können, bedarf es sicherlich eines zusätzlichen Projektmanagers (Tief-/Hochbau) in der Bauabteilung, der diese z.T. parallel laufenden Prozesse koordiniert.

Sachstand April 2024:

Für den zuletzt genannten Punkt ist mit dem Haushaltsentwurf 2024 der Selbstverwaltung der konkrete Vorschlag gemacht worden, den Stellenplan um eine solche Fachkraft zu erweitern.

Sachstand Oktober 2024:

Die dementsprechende Stelle dieses fachlich versierten Projektmanagers kann nach Genehmigung des Haushaltes ausgeschrieben werden. Als Problem zeichnet sich die Unterbringung dieses Mitarbeitenden ab, auch für weiteres neues Personal in anderen Abteilungen reicht der Platz im Haushalt nicht aus. (siehe Punkt 11)

Bei Anwendung der o.g. Faustformel, dass für jede kreditfinanzierte Million im Ergebnishaushalt mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 50.000€ zu rechnen ist, sprechen wir hier bei einem Gesamtinvestitionsbedarf von 50 Mio € von einer jährlichen wiederkehrenden Belastung von womöglich 2,5 Mio € an Zins- und Tilgungsleistungen. Eine solche Summe aufzubringen erscheint nahezu unmöglich, denn der aktuelle Haushalt der Stadt Schwentimental ist bereits defizitär. Dies führt zur Notwendigkeit von absoluter Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit und der Beantragung von Fördermitteln, wo immer diese zur Verfügung stehen. Darüber hinaus muss aus Sicht der Verwaltung eine Priorisierung der hier dargestellten Maßnahmen erfolgen, die weder finanziell noch personell gleichzeitig umgesetzt werden können.

Aus Sicht des Bürgermeisters ergibt sich eine Priorisierung der aufgestellten Maßnahmen nahezu automatisch:

1. Der Bau der Flüchtlingsunterkunft in der Jahnstraße ist bereits abgeschlossen, jedoch sind Planungen für eine weitere Unterkunft notwendig, eine dementsprechende Vorlage befindet sich in Vorbereitung.
2. Die Erweiterung der OGTS durch Container im Stadtteil Raisdorf ist vorläufig abgeschlossen, jedoch sind umfangreiche Planungen aufgrund des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung notwendig, dazu werden HH-Mittel in den Entwurf 2025 verwaltungsseitig eingestellt. Hierbei gilt es, in den Planungen des Büros Schnittger die wirklich notwendigen Elemente zu erkennen und vorrangig diese zu verfolgen.
3. Äquivalentes gilt für die Astrid-Lindgren-Schule: Auch hier muss aufgrund der HH-Lage das Notwendige erkannt und umgesetzt werden. Die Sanierung der Schule sollte aufgrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung erst nach dem Bau einer Mensa in Angriff genommen werden.
4. Die Ersatzbauten für die Kindertageseinrichtungen, die sich derzeit jeweils auf dem Schulgelände befinden, stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit den schulischen Bauten und müssten parallel betrachtet werden.
5. Die Sanierung der Schulstraße ist in Angriff genommen, im Haushalt vorgesehen und befindet sich in Umsetzung.
6. Die Umsiedlung des Bauhofes ist ebenso in Angriff genommen, im Haushalt vorgesehen und befindet sich in Umsetzung. Auch hier gilt das Prinzip der Sparsamkeit; alle baulichen Vorschläge der Ingenieure müssen dementsprechend kritisch beleuchtet werden.

Zu diskutieren werden somit sein: die Erweiterung des Rathauses und des Feuerwehrhauses an der Teichstraße sowie die Maßnahmen hinsichtlich der weiteren Kindergärten. Diese gehen jedoch mit den o.g. Maßnahmen z.T. zwingend einher.

Die kommunalen Gremien werden um Kenntnisnahme und um Erörterung gebeten.

Für die nächste, im April 2025 vorgesehene Fortschreibung dieser Sachstandsmitteilung wird ein neues Format zu wählen sein, welches sich auf diese SM beziehen wird, aber möglichst übersichtlicher gestaltet werden soll.

- Ende der Sachstandsmitteilung -